

WAHLPROGRAMM
WWK DEUTSCHE MINDERHEIT
PARLAMENTSWAHLEN 2023

Preamble

Die Sorge um den Menschen – seine Würde und sein gutes Funktionieren in der Gesellschaft und im Staat, die Sorge um die systematische Entwicklung und die Multikulturalität der Region, die Achtung der unveräußerlichen Menschenrechte und der jahrhundertealten schlesischen Traditionen, die Gewährleistung der Sicherheit und des Wohlergehens der Familien, der Aufbau guter internationaler Beziehungen und eine starke Position Polens in der Europäischen Union - das sind die übergreifenden Ziele, die sich das Wählerwahlkomitee der deutschen Minderheit (WWK DMi) in seiner Tätigkeit gesetzt hat.

Das Wählerwahlkomitee Deutsche Minderheit wurde von Mitgliedern der seit 1990 bestehenden Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Opper Schlesien gegründet und ist eine Organisation, die sich dauerhaft in die soziopolitische und kulturelle Landschaft der Woiwodschaft Opper eingeschrieben hat.

Wir schöpfen aus dem Glauben, den christlichen Traditionen und Werten, der europäischen Kultur und dem multikulturellen historischen Reichtum Schlesiens. Ein wichtiges Element sind die in der Region lebenden Menschen, die eine schlesische oder schlesisch-deutsche nationale und regionale Identität haben. Wir sind den schlesischen Traditionen verpflichtet und offen für jeden, der die Menschenwürde und die Freiheit achtet. Wir achten die gesellschaftliche Vielfalt, die Rechte des Menschen und die Idee der Gemeinschaft.

Wir arbeiten nicht nur zum Wohle unserer Heimat - unserer kleinen Heimat, unserer lokalen und regionalen Gemeinschaft, sondern auch zum Wohle des polnischen Staates, dessen loyale Bürger wir sind, und der europäischen Gemeinschaft, der wir uns zugehörig fühlen.

Wir glauben, dass unterschiedliche Sichtweisen, die sich aus unterschiedlichen Erfahrungen ergeben und in einem von gegenseitigem Respekt geprägten Dialogprozess zusammengeführt werden, es uns ermöglichen, die besten Lösungen und Wege für die Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft zu finden.

Wir glauben, dass die Achtung von Recht und Freiheit und die Fähigkeit zur Kompromissfindung eine Garantie für eine gute Regierungsführung und das Funktionieren des Staates sind.

Basierend auf unserer langjährigen politischen Erfahrung, schöpfend aus der demokratischen Ordnung und mit einem Gefühl der regionalen Verantwortung nehmen wir seit mehr als dreißig Jahren aktiv am politischen Leben teil. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Vertreter, die aktiv in den Machtstrukturen auf nationaler Ebene tätig sind, eine einzigartige Vielfalt an Kompetenzen, eine multikulturelle Sichtweise und eine reiche Erfahrung auf der Grundlage transnationaler Modelle mitbringen.

Alle Einwohner der Woiwodschaft Oppeln, unabhängig von ihrer nationalen, ethnischen oder regionalen Zugehörigkeit, sind die Adressaten unserer Aktivitäten. Wir sind stolz auf den Reichtum dieser Identifikationen in unserer Kleinen Heimat. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir Aktivitäten zur Verbesserung der Situation von Kindern, Senioren und Familien sowie - aufgrund unserer nationalen Zugehörigkeit und unserer besonderen Sensibilität für Fragen unterschiedlicher Identitäten - auf Fragen der Multikulturalität.

Das Ziel der WWK Deutsche Minderheit im Jahre 2023 ist die Wiedereinführung unserer Vertreter im polnischen Parlament.

Sehr geehrte Wählerin, sehr geehrter Wähler, wir möchten Sie einladen, sich mit den Aufgaben vertraut zu machen, die das Wählerwahlkomitee der Deutschen Minderheit in der Legislaturperiode 2023-2027 umsetzen möchte.

UNSERE ZIELE

Die wichtigsten Ziele und Aufgaben des Wählerwahlkomitees Deutsche Minderheit für die bevorstehende Kadenz im Sejm in den Jahren 2023-2027

- 1. Wiederherstellung der vollen Rechte der deutschen Minderheit auf den Unterricht von Deutsch als Minderheitensprache**, die durch die Verordnung vom 4. Februar 2022 verletzt wurden, mit der der wöchentliche Unterricht von Deutsch als Minderheitensprache von drei auf eine Stunde reduziert wurde
- 2. Stärkung der Rechte nationaler und ethnischer Minderheiten und regionaler Gemeinschaften, die in Polen agieren**, insbesondere der Rechte der deutschen Minderheit, die in den letzten Jahren das Ziel zahlreicher diskriminierender Maßnahmen war
- 3. Förderung der Entwicklung der Woiwodschaft Oppeln, der Schutz der Multikulturalität und die Stärkung der Rolle und der Kapazitäten der lokalen Verwaltung**, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Wirtschaft, Schutz des kulturellen Erbes und Pflege der Multikulturalität, die ein wesentliches Merkmal der Woiwodschaft Oppeln ist
- 4. Stärkung des Bildungswesens in der Region und Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungssystems im Land**, in der Region insbesondere im Bereich der Sprach- und Berufsausbildung, die junge Menschen besser auf ihre berufliche Tätigkeit vorbereiten; im Land Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen und beruflichen Situation der Lehrer und ein holistischer Umgang mit dem Schüler/ der Schülerin
- 5. Maßnahmen zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft**, u.a. Recht auf gleiches Entgelt, Verhinderung der beruflichen Ausgrenzung nach der Kindererziehung, Verfügbarkeit und Finanzierung von Forschung, Kinderbetreuung
- 6. Einsatz für die Wiederherstellung und Stärkung der Position Polens in der Europäischen Union** und die Stärkung der bilateralen polnisch-deutschen Beziehungen, insbesondere das Entgegenwirken derjenigen Bewegungen und Tendenzen, die darauf abzielen, die Präsenz Polens in einem vereinten Europa zu untergraben und die eine Verschlechterung der polnisch-deutschen Beziehungen zur Folge haben

ERÖTERUNG DER PROGRAMMPUNKTE

1. Wiederherstellung der vollen Rechte der deutschen Minderheit auf den Unterricht von Deutsch als Minderheitensprache

Das Recht, die eigene Sprache zu bewahren und zu entfalten, sowie das Recht, Sitten und Bräuche zu bewahren und die eigene Kultur zu entwickeln, eigene Bildungs- oder Kultureinrichtungen zu gründen, wird den in Polen lebenden nationalen und ethnischen Minderheiten durch die Verfassung der Republik Polen garantiert. Der Unterricht der Minderheitensprache und in der Minderheitensprache wurde auch durch das 1991 verabschiedete Gesetz über das Bildungssystem garantiert, das der deutschen Minderheit den Zugang zum Bildungswesen der Minderheit unter den gleichen Bedingungen wie anderen in Polen lebenden Minderheiten ermöglichte.

In der vorübergehenden Amtszeit des Sejm wurde jedoch - aus rein politischen Gründen - das Recht der deutschen Minderheit auf Unterricht in Deutsch als Minderheitensprache erheblich eingeschränkt. Mit einem Erlass des Ministers für nationale und ethnische Bildung vom 4. Februar 2022 wurden diskriminierende Bestimmungen ausschließlich gegen die deutsche Minderheit eingeführt. Sie reduzierten die Zahl der Unterrichtsstunden für Deutsch als Minderheitensprache von drei auf eine. Sie wurden trotz zahlreicher öffentlicher Proteste, Proteste von Minderheitengemeinschaften, kritischer Stellungnahmen von Experten und Beobachtern und Gegenstimmen des deutschen Staates eingeführt. Es ist erwähnenswert, dass dieses diskriminierende Gesetz 55.000 Kinder in Polen direkt betrifft, von denen etwa 24.000 die Schulen in Oppeln besuchen.

Seit Beginn der Maßnahmen der rechtsextremen Fraktionen im polnischen Parlament, die darauf abzielen, der deutschen Minderheit das Recht auf Deutschunterricht in vollem Umfang zu entziehen, haben Mitglieder der deutschen Minderheit und Aktivisten von Minderheitenorganisationen eine Reihe von Initiativen ergriffen, um diese Maßnahmen zu stoppen. Die Angelegenheit war Gegenstand zahlreicher Reden zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, von Interpellationen, Sachverständigengutachten, Treffen mit Vertretern der Regierungs- und Oppositionsparteien in Polen sowie mit Vertretern des deutschen Staates und der EU-Institutionen. Die Bemühungen des Abgeordneten der deutschen Minderheit und der Vertreter der Organisationen der deutschen Minderheit haben trotz der Einführung der für die Minderheit ungünstigen Verordnung nicht nachgelassen und dauern noch an. Das Ergebnis dieser Bemühungen ist u.a., dass durch die gemeinsamen Anstrengungen vieler lokaler Behörden und regionaler Gemeinden in den Schulen der Woiwodschaft Oppeln, in denen Deutsch als Minderheitensprache unterrichtet wurde, dieser Unterricht in vollem Umfang erhalten werden konnte. Leider gilt diese Lösung aber nicht für alle Gemeinden und geht zudem zu Lasten der kommunalen Haushalte, d.h. sie wird nicht in vollem Umfang aus der Bildungsförderung finanziert, wie es das polnische Recht vorsieht.

Das Ziel der Vertreter des Wählerwahlkomitees der deutschen Minderheit in der kommenden Amtszeit wird es sein, die vollen Rechte der deutschen Minderheit in diesem Gebiet wiederherzustellen. Dies kommt nicht nur unserer Minderheitengemeinschaft zugute, sondern der gesamten Region, die sich durch ihre Multikulturalität auszeichnet und zu deren größten Vorzügen der breite Zugang zum Deutschunterricht gehört, von dem nicht nur die deutsche

Minderheitengemeinschaft profitiert hat und profitiert. Dies ist ein Argument, das in den letzten Jahren wichtig war, um zum Beispiel ausländische Investoren, insbesondere deutsche, in die Woiwodschaft Oppeln zu locken. Es ist auch ein wichtiges Thema aus der Sicht der internationalen Politik des polnischen Staates, in der die Politik gegenüber nationalen und ethnischen Minderheiten in den letzten Jahren auf Lösungen beruhte, die in breitem Konsens entwickelt wurden, die geschätzt wurden und immer noch verbessert werden.

Das Ziel unserer Abgeordneten wird auch sein, die Rechte aller Minderheiten, einschließlich unserer eigenen, auf ein höheres Niveau zu heben. Unter anderem werden wir uns dafür einsetzen, dass die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen, die die Regional- und Minderheitensprachen als Kulturgut behandelt, in Polen umgesetzt wird. Eine der Bestimmungen der Charta, die in Polen seit 2009 in Kraft ist, besagt, dass "Einrichtungen bereitgestellt werden, die es Nicht-Muttersprachlern einer Regional- oder Minderheitensprache, die in einem Gebiet leben, in dem diese Sprache gesprochen wird, ermöglichen, diese Sprache zu erlernen, wenn sie dies wünschen". Gemäß dieser Bestimmung wollen wir, dass der Unterricht in den Minderheitensprachen der gesamten Bevölkerung der Woiwodschaft Oppeln zugutekommt, d. h. dass der Unterricht in den Minderheitensprachen allen zur Verfügung steht und nicht nur denjenigen, die sich mit einer anderen nationalen, ethnischen oder regionalen Identität identifizieren. Praktische und rechtliche Lösungen dieser Art gibt es bereits in Ungarn, Rumänien, Deutschland oder Litauen.

2. Stärkung der Rechte nationaler und ethnischer Minderheiten und regionaler Gemeinschaften, die in Polen agieren

Die Ergebnisse der letzten Volkszählung von 2021, die auf die Ergebnisse der Volkszählungen von 2011 und 2002 folgten, zeigten, dass Polen von einer großen Gruppe von Menschen mit anderen nationalen und ethnischen Identifikationen als der polnischen bewohnt wird. Von den gesetzlich anerkannten nationalen Minderheiten, die im Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten und Regionalsprache von 2005 verankert sind, ist die deutsche Minderheit bei dieser Volkszählung am zahlreichsten. Im Jahr 2021 gaben 132.500 Personen an, Deutsche zu sein. Der Rückgang der deutschen, deutsch-polnischen oder deutsch-schlesischen Deklarationen sowie anderer Minderheitenidentitäten in Polen im Vergleich zur Volkszählung 2011 zeigt jedoch, dass sich andere Identitäten als die polnische in Polen nicht frei entwickeln. Daher ist die Zukunft dieser Identitäten und damit der Einfluss dieser Gemeinschaften auf den kulturellen Reichtum der Regionen und des Landes gefährdet. Dieser Aspekt ist von besonderer Bedeutung im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Woiwodschaft Oppeln als die am meisten multikulturelle Region des Landes.

Von allen Gemeinschaften in Polen, die andere nationale und ethnische Identifikationen als die polnische zum Ausdruck bringen, ist die deutsche Minderheit diejenige, die seit Jahren ihre Vertreter in das polnische Parlament entsendet. Dank unserer effizienten, gut organisierten Strukturen, einer festen Wählerschaft und der Fähigkeit, neue Wähler zu gewinnen, können wir mit Stolz die Gesamtheit der fast eineinhalb Millionen Bürger des polnischen Staates vertreten, deren nationale Wurzeln und ethnische oder regionale Identifikationen sich von der polnischen unterscheiden. Seit Jahren ist dies eine der Prioritäten unserer Tätigkeit im polnischen Parlament. Unsere Tätigkeit in diesem Bereich ist unbestreitbar und wertvoll.

Die Anwesenheit von Vertretern der deutschen Minderheit im polnischen Parlament war sowohl in der Zeit der Ausarbeitung gesetzlicher Lösungen, die auf die Berücksichtigung und Achtung der Rechte von Minderheiten abzielen, als auch bei deren Umsetzung und Durchführung wertvoll. Besonders wichtig war dies in letzter Zeit, als sich Tendenzen und praktische Lösungen einiger politischer Kreise abzeichneten, die diese Rechte einschränken. Dieser Aktivismus wird auch in den kommenden Jahren wichtig sein, wenn Anstrengungen unternommen werden müssen, um diese ungünstigen Tendenzen einzudämmen und umzukehren. Zumal die bereits erfolgte Einschränkung der Rechte einer Minderheit die Versuchung mit sich bringen kann, weitere Schritte dieser Art zu unternehmen, die eine breitere Gruppe von Gemeinschaften mit nicht-polnischer Identifikation betreffen. Wir hören bereits die Besorgnis von Gruppen wie der weißrussischen Minderheit, deren Zugang zur Sekundarschulbildung eingeschränkt wird.

Das wichtigste Ziel der WWK DMi für die kommenden Wahlen und die nächste Amtszeit des Sejm ist es daher, ihre Vertreter in das polnische Parlament zu bringen. Ihre Aufgabe wird es sein, zum Wohle der gesamten Minderheit und der regionalen Gemeinschaften zu handeln, aber auch das der deutschen Minderheit vorenthaltene Recht auf Deutschunterricht im vollen Umfang wiederherzustellen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass mehr Mittel für nationale und ethnische Minderheiten zur Verfügung gestellt werden, dass Vertreter nationaler und ethnischer Minderheiten in den Programmausschüssen der öffentlichen Medien vertreten sind und dass die Bestimmung abgeschafft wird, wonach Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft nicht als Richter und Staatsanwalt tätig sein dürfen.

Was uns besonders befähigt, dieses Ziel und diese Aufgabe zu verfolgen, ist die Tatsache, dass die Kandidaten von dem WWK DMi aus der multikulturellen Gemeinschaft von Oppelner Schlesien kommen, die besonders sensibel für die Vielfalt nationaler, ethnischer und regionaler Identifikationen ist. Oppelner Schlesien ist eine kulturell und ethnisch reiche, vielfältige und offene Region. Viele Bewohner zeichnen sich durch komplexe, heterogene Identifikationen aus. In unserer Gemeinschaft wie auch in der gesamten Bevölkerung der Region Opole bekennen sich viele Menschen nicht nur zur polnischen oder deutschen Nationalität, sondern auch zu einer schlesischen Regionalidentität. Viele Mitglieder der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen in Oppelner Schlesien sagen von sich selbst: Ich bin ein deutscher Schlesier oder ein schlesischer Deutscher, ich identifiziere mich mit meiner kleinen Heimat - Schlesien, Schlesien ist meine Heimat, ich bin ein Schlesier oder ein Pole mit deutschen Wurzeln.

Seit Jahren sind wir der Meinung, dass diese Vielfalt und die daraus resultierende Offenheit, besondere Sensibilität und multikulturelle Erfahrung der größte Reichtum der Region und ihrer Bewohner sind. Sie bewirken, dass der Dialog, die Fähigkeit, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten und einen Konsens zu erreichen, einer der wertvollsten Beiträge ist, den die Vertreter von Oppelner Schlesien und des WWK DMi für das polnische Parlament und die politische Kultur leisten. Und obwohl wir oft sehr unterschiedliche Ansichten zu gesellschaftlichen oder politischen Themen vertreten, ist die multikulturelle polnisch-deutsch-schlesische Identität, die uns verbindet, ein dauerhaftes Band und ein großer Wert. Diese besondere Sensibilität der Vertreter von dem WWK DMi und unsere oft komplexe national-ethnisch-regionale Identifikation bedeutet, dass wir nicht nur die deutsche Minderheit vertreten, mit der wir verbunden sind, sondern auch das regionale Umfeld sowie alle Einwohner der Woiwodschaft Oppeln, unter denen wir seit Jahrzehnten tätig sind und für die

wir auf nationaler und lokaler Ebene handeln. Wir werden sie auch in der nächsten Amtsperiode im polnischen Parlament vertreten.

3. Die Förderung der Entwicklung der Woiwodschaft Oppeln, der Schutz der Multikulturalität und die Stärkung der Rolle und der Kapazitäten der lokalen Verwaltung

Die Woiwodschaft Oppeln ist eine multikulturelle, sich dynamisch entwickelnde Region, die aus dem Reichtum der Vielfalt und der Erfahrung ihrer Bewohner schöpft und stolz auf ihre Offenheit, ihren Pragmatismus und ihre Achtung der universellen europäischen Werte ist. Tausende von Einwohnern unserer Woiwodschaft - nicht nur Unternehmer und soziale Aktivisten - nutzen die Vorteile der polnischen EU-Mitgliedschaft, indem sie die EU-Förderung in Anspruch nehmen oder in den Genuss ihrer spürbaren Auswirkungen kommen. In schwierigen Zeiten sind die Menschen in Oppelner Schlesien solidarisch mit denen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Der beste Beweis dafür war das vergangene Jahr, als sowohl die Behörden der Region, die lokalen Behörden von Oppeln als auch die Menschen in der Region Oppeln die Ukraine und ihre Menschen, die für ihren unabhängigen Staat kämpfen, unterstützten. Untersuchungen über die Unterstützung für Flüchtlinge aus dem vom Krieg zerrissenen ukrainischen Staat ergaben, dass die Unterstützung in der Woiwodschaft Oppeln eine der höchsten im ganzen Land ist. Vertreter der deutschen Minderheit, die in der Region mitregiert, waren sowohl auf Woiwodschaftsebene als auch in vielen Gemeinden und Kreisen aktiv an dieser großen Solidaritätsbewegung beteiligt.

Die vergangenen Jahrzehnte waren eine Zeit, in der sich die Woiwodschaft Oppeln dank der gemeinsamen Anstrengungen ihrer Behörden und Einwohner vor unseren Augen verändert hat. Der Zustand der Straßeninfrastruktur, die Ausstattung von Schulen, Krankenhäusern und kulturellen Einrichtungen verbesserte sich. Dank den günstigen Bedingungen entwickelte sich die Industrie und es entstanden zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen, die ein immer breiteres Spektrum an Waren und Dienstleistungen anbieten. Oppeln wurde auch immer wieder von ausländischen Investoren gewählt, die nicht nur durch Argumente wie attraktive Grundstücke, konkrete Unterstützungsangebote oder die günstige Lage überzeugt wurden, sondern vor allem durch die Sprach- und Kulturkenntnisse, insbesondere die historisch begründeten Kenntnisse der deutschen Sprache, ein gutes Investitionsklima und gut vorbereitetes Personal, das mit der westlichen Arbeitskultur weitgehend aus der Praxis vertraut ist. All dies macht uns stolz auf die Region, die wir bewohnen und mitgestalten.

Aber Entwicklung, insbesondere in Zeiten dynamischer Veränderungen und globaler Tendenzen, ist etwas, woran kontinuierlich und konsequent gearbeitet werden muss. Deshalb ist es eine der Prioritäten des WWK DMi, sich aktiv für das weitere Gedeihen der Provinz einzusetzen. Wir erklären daher, dass wir in der nächsten Legislaturperiode alle Initiativen im Parlament und in den zentralen Institutionen unterstützen werden, die auf die Entwicklung der Woiwodschaft Oppeln abzielen. Wir werden auch selbst nach konkreten Initiativen suchen, wie wir es in den vergangenen Jahren getan haben (siehe Anlagen).

Für das WWK Deutsche Minderheit sind die Menschen, die Bewohner der Region, das Wichtigste. Deshalb wollen wir uns für eine gute Bildung, auch für die sprachliche Bildung, im Sinne der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen und damit für eine Zukunft der jüngsten Einwohner einsetzen. Wir wollen auch die richtigen Arbeits- und

Lebensbedingungen für Bevölkerung schaffen und dafür sorgen, dass die Senioren gut versorgt sind und sich wohl fühlen.

Eine Liste der Initiativen, für die sich der Abgeordnete der deutschen Minderheit eingesetzt hat, ist diesem Programm beigelegt. Sie ist eine Art Bericht über die Arbeit unseres Vertreters, aber auch ein Beweis dafür, dass selbst eine kleine Vertretung im Sejm sehr greifbare Auswirkungen für die gesamte regionale Gemeinschaft haben und die Umsetzung konkreter Initiativen positiv beeinflussen oder Probleme der Bürger lösen kann. Wie könnte die Liste der durchgeführten Aktivitäten aussehen, wenn es zwei oder mehr von ihnen gäbe?

Deshalb betonen wir, dass jede Stimme, die für unser Komitee abgegeben wird, dazu führen kann, dass mehr Vertreter als bisher in den Sejm gewählt werden. Und das wird die Umsetzung einer noch größeren Anzahl von Aufgaben und Initiativen garantieren.

Wir versichern, dass wir diejenigen regionalen Aktivitäten unterstützen werden, die eine Unterstützung auf zentraler Ebene erfordern. Wir werden besonders darauf achten und uns bemühen, alle Initiativen zu unterstützen, die darauf abzielen, die Multikulturalität der Region Oppeln zu pflegen. Sie ist eines der charakteristischsten Merkmale der Region, nicht nur wegen der großen Konzentration der hier lebenden deutschen Minderheit, sondern auch wegen der Menschen mit einer ausgeprägten schlesischen regionalen Identität, der Kresower und ihrer Nachkommen sowie vieler anderer Gruppen. Als Vertreter einer dieser Minderheiten fühlen wir uns auch repräsentativ für die anderen, sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene. Da wir den großen Wert dieser Vielfalt sehen, haben wir uns zum Ziel gesetzt, sie nicht nur zu schützen, sondern auch zu pflegen und zu stärken. Wie in den vergangenen Jahren werden sich unsere Vertreter für eine Aufstockung der Mittel für den Denkmalschutz in der Region einsetzen.

Eine der größten Erfolge Polens nach 1989 ist die Kommunalverwaltung. Der beste Beweis dafür sind die vergangenen Jahrzehnte einer effizienten Verwaltung. In der Woiwodschaft Oppeln sind auf allen Ebenen der Kommunalverwaltung Beamte, darunter auch Angehörige der deutschen Minderheit, vertreten, die durch ihr Handeln beweisen, dass sie den Menschen nahe sind. Sie kennen die Bedürfnisse der Menschen und wissen, wie sie diese stillen können, indem sie das Geld, das sie im Inland und z.B. von der EU erhalten, effizient verwalten. Wir glauben fest an die Effektivität und die Weisheit der Aktivisten in den Kommunalverwaltungen. Deshalb werden wir im polnischen Parlament alle Initiativen zur Stärkung der Selbstverwaltung unterstützen und uns für die Umsetzung konkreter Projekte der Kommunalpolitiker aus der Woiwodschaft Oppeln einsetzen. Unser Ziel wird es sein, die Einnahmen der Kommunen aus Körperschaft-, Einkommens- und Mehrwert-Steuern zu erhöhen.

Dies wird sie in eine stabile finanzielle Lage versetzen und es ihnen erleichtern, die gesetzlich vorgeschriebenen Schuldenquoten einzuhalten. Außerdem können sie so flexibel über erwirtschaftete Überschüsse für Investitionszwecke verfügen. Heute haben viele Kommunen Mittel aus der "Polnischen Ordnung" für Investitionen des "zweiten Bedarfs" erhalten. Wir werden auch darauf hinwirken, dass die Kommunen wieder die Befugnis erhalten, die Tarife für die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung festzulegen, damit sie Teil der Kommunalpolitik werden. Wir werden uns auch darum bemühen, die Zahlung der Lehrergehälter, die von der Zentralverwaltung festgelegt werden, an die in den Regionen tätigen Schulaufsichtsbeamten zu koppeln.

4. Stärkung des Bildungswesens in der Region und Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungssystems im Land

Du lebst so oft, wie viele Sprachen du sprichst; eine andere Sprache ist eine andere Sicht auf die Welt - dies sind nur einige der bekannten Zitate über den Wert der Fähigkeit, verschiedene Sprachen zu sprechen. Die Woiwodschaft Oppeln ist aufgrund der deutschen Minderheit und anderer nationaler, ethnischer oder regionaler Gemeinschaften in dieser Hinsicht eine besonders reiche Region. Um diesen Reichtum zu pflegen, konzentrieren wir uns seit Jahren auf Aktivitäten, die der Stärkung der sprachlichen Bildung dienen, mit einer Reihe von Initiativen, die den Unterricht von Deutsch als Minderheitensprache betreffen.

Das hat nicht nur mit der Notwendigkeit zu tun, die Sprache der Vorfahren, ihre Kultur und die deutsche Identität zu pflegen. Es hat auch eine praktische Dimension. Je größer die Gruppe der deutschsprachigen Menschen in der Region ist, desto stärker ist die Verhandlungsposition der Woiwodschaft gegenüber Investoren aus dem deutschsprachigen Raum. Deren Anwesenheit in der Region ist nicht nur ein Gewinn für uns oder die Woiwodschaft, sondern auch ein Gewinn für Polen. Deshalb finden wir die Motive derjenigen, deren Entscheidungen zur Einschränkung des Unterrichts von Deutsch als Minderheitensprache beigetragen haben, so irrational.

Indem wir uns für die Wiederherstellung der der deutschen Minderheit entzogenen Unterrichtsstunden und für die Erhöhung des Niveaus des Minderheitenunterrichts einsetzen, arbeiten wir nicht nur für die Wahrung unserer Rechte, sondern auch für die Region und das Land. Mit mehr Unterrichtsstunden für Deutsch als Minderheitensprache wird die Sprachkompetenz der Bevölkerung gestärkt und damit auch ihre Anziehungskraft für die bereits erwähnten ausländischen Investoren. Unsere diesbezüglichen Pläne gehen noch weiter. Wie bereits im ersten Punkt unseres Programms erwähnt, wollen wir im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen den Unterricht in den Minderheitensprachen der gesamten Bevölkerung der Region zugänglich machen, nicht nur denjenigen, die sich mit einer anderen nationalen, ethnischen oder regionalen Identität identifizieren. Um dies zu erreichen, haben wir uns unter anderem zum Ziel gesetzt, zehn Bildungseinrichtungen mit zweisprachigem Unterricht in zehn Gemeinden der Woiwodschaft Oppeln sowie ein regionales Zentrum für die Bildung der deutschen Minderheit, d.h. einen Komplex von zweisprachigen Schulen für den Unterricht in der Primar- und Sekundarstufe, zu schaffen. Das Ziel ist die Professionalisierung des Deutschunterrichts.

Gut ausgebildete Arbeitskräfte, auch im sprachlichen Bereich, sind eines der wichtigsten Argumente für ein "Ja" für nationale oder ausländische Investoren. Es ist auch ein wichtiges Argument für kleine und mittlere Unternehmen, deren Entwicklung in hohem Maße davon abhängt, gut vorbereitete Mitarbeiter zu gewinnen. Aus diesem Grund erklären wir unsere Bemühungen zur Stärkung des Bildungssektors, insbesondere im Hinblick auf die Ausstattung mit genau definierten, auf dem Arbeitsmarkt gewünschten Kompetenzen. Unser Ziel ist es, durch die gemeinsamen Bemühungen des WWK DMi-Vertreter im Parlament und der lokalen Behörden, in denen wir vertreten sind, ein modernes, gut ausgestattetes regionales Handwerkerbildungszentrum zu schaffen. Hohe Kompetenz in klar definierten Fachgebieten sowie eine gute inhaltliche und praktische Ausbildung werden heute auf dem Arbeitsmarkt besonders geschätzt. Eine Einrichtung, die nach dem Vorbild der Unternehmer

und des wirtschaftlichen Umfelds in einer Reihe von engen Spezialisierungen ausbildet, würde es ermöglichen, auf diese Nachfrage zu reagieren.

Wir wollen auch Initiativen ergreifen und uns an allen Aktivitäten auf zentraler Ebene beteiligen, die darauf abzielen, das Bildungssystem so zu verändern, dass es die Entwicklung eines jungen Menschen, der in der modernen Welt vielen Gefahren ausgesetzt ist, ganzheitlich betrachtet wird. Wir haben großen Respekt vor der Arbeit der Lehrer und dem Wissensstand, den sie den Schülern vermitteln. Wir sehen jedoch die Notwendigkeit, das Bildungssystem so umzugestalten, dass es auch Fragen der Vorbereitung des jungen Menschen auf ein selbständiges Leben in den Vordergrund stellt und gleichzeitig weniger belastend ist. Die Bildung sollte stärker mit dem Leben verbunden sein. Sie sollte das Analysieren, das Verstehen, das Ziehen von Schlussfolgerungen und den Dialog, einschließlich den staatsbürgerlichen Dialog, lehren. Der Druck, Ergebnisse erzielen zu müssen, sollte durch die Entwicklung einer Leidenschaft für das Erforschen, das Stellen von Fragen und die Befriedigung der Neugier ersetzt werden, damit das erworbene Wissen wertvoll ist.

5. Maßnahmen zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern

Die Errungenschaften der vergangenen Jahrhunderte werden nicht nur durch Fortschritt in der Welt der Wissenschaft, des Wissens, der Technologie oder der Kommunikation definiert, sondern auch durch soziale oder politische Fragen. In einem langen Prozess wurden auf internationaler und nationaler Ebene zahlreiche rechtliche und institutionelle Lösungen entwickelt, um die Interessen verschiedener Gruppen zu schützen. In der Theorie. In der Praxis zeigt sich, wenn man sich beispielsweise die kürzlich verletzte Rechte der deutschen Minderheit vor Augen führt, dass die Einhaltung der gewählten Lösungen nicht selbstverständlich ist. Und wenn Rechte einmal gewährt wurden, können sie verletzt werden. Daher muss ständig darauf geachtet werden, dass sie eingehalten und gestärkt werden.

Gleiche Rechte für Frauen und Männer scheinen auch im 21. Jahrhundert eine Selbstverständlichkeit zu sein. Dennoch werden immer wieder Stimmen laut, und im öffentlichen Raum tauchen neue Ereignisse und Argumente auf, die diese Selbstverständlichkeit in Frage stellen. Sie betreffen sowohl die berufliche als auch die gesellschaftliche Sphäre. Deshalb ist es eine der Prioritäten des WWK DMi, sich für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern einzusetzen. In der nächsten Legislaturperiode des Sejm werden sie sich im beruflichen Bereich auf Themen wie: das Recht auf gleiches Entgelt für Männer und Frauen, die die gleichen Aufgaben erfüllen; die Gleichbehandlung bei Beförderungsverfahren oder den gleichberechtigten Zugang zu Schulungen und Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung konzentrieren.

Der Ausgleich der Chancen sollte nicht nur die praktische Umsetzung konkreter Lösungen in den Unternehmen umfassen, sondern beispielsweise auch die Verhinderung der Ausgrenzung nach der Kindererziehung oder Kinderbetreuung. Die Familie ist die wichtigste soziale Einheit, in der wir funktionieren. Ihre Sicherheit zu gewährleisten, sollte für alle politischen Kräfte eine Priorität sein. Eine der grundlegenden Pflichten des Staates gegenüber den Frauen sollte unter anderem darin bestehen, die uneingeschränkte Verfügbarkeit und Finanzierung von Untersuchungen, insbesondere während der Schwangerschaft, sicherzustellen. Ein Gefühl der Sicherheit und der Betreuung durch das System kann Entscheidungen über die Fortpflanzung oder die Teilnahme am Erwerbsleben positiv beeinflussen.

Die deutschen Minderheitenorganisationen, deren Mitglieder das WWK DMi bilden, bestehen überwiegend aus Frauen. Sie sind die treibende Kraft hinter unseren Aktivitäten, sie professionalisieren unsere Aktionen, sorgen für deren Kontinuität und verleihen ihnen eine besondere, pro-soziale Dimension. Deshalb ermutigen wir unsere Aktivistinnen seit Jahren, sich aktiv an den Wahlen zu beteiligen, und sind stolz darauf, dass viele von ihnen dies auch tun. Wir hören auch sehr auf die Stimme unserer Aktivistinnen, die nicht kandidieren wollen. Ihre hohe Kompetenz, ihr hoher Aktivismus, ihre Sensibilität und ihr gutes Verständnis für menschliche Bedürfnisse sind eine wertvolle beratende Stimme für das WWK DMi, aus der wir schöpfen. Wir sind auch stolz darauf, dass auf der Liste der Kandidatinnen des WWK DMi Frauen fast die Hälfte der Kandidaten ausmachen, und zwar Kandidaten mit Fachwissen und langjähriger Erfahrung.

Wir respektieren jedoch auch die Entscheidungen der Frauen, die sich entscheiden, ihre Talente und ihre Arbeit ihren Familien und lokalen Gemeinschaften zu widmen. Gleichzeitig sehen wir die Notwendigkeit, in Dinge zu investieren, die ihre Zeit bereichern und es ihnen ermöglichen, ihren Leidenschaften zu folgen oder ihre Bedürfnisse zu erfüllen. Deshalb wollen wir Aktivitäten zur Organisation von Ausbildungskursen und Workshops in lokalen Gemeinschaften initiieren. Die Themen sollten sich nach den Bedürfnissen richten und könnten z. B. eine Ausbildung in der Alten- oder Behindertenpflege, eine Sprachausbildung oder die Organisation von thematischen Workshops zu Floristik, Kosmetologie, Projektarbeit usw. umfassen. Solche Aktivitäten können aus nationalen oder europäischen Fonds finanziert und von unseren DFKs organisiert werden. Es handelt sich um eine effiziente, räumlich gut verteilte Struktur, die über eine große Erfahrung bei der Aktivierung des öffentlichen Raums verfügt.

Wir wissen auch, dass viele Frauen Familie und Beruf verbinden wollen. Deshalb werden wir Initiativen unterstützen und durchführen, die darauf abzielen, Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu stärken - sowohl diejenigen, die gerade erst in den Arbeitsmarkt eintreten, als auch diejenigen, die in den Beruf zurückkehren, zum Beispiel nach einer Zeit des Mutterschaftsurlaubs. Solche Initiativen können von einer besseren Verfügbarkeit von Schulungen zur Vorbereitung auf bestimmte berufliche Aufgaben bis hin zur Sicherstellung der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen, insbesondere in kleinen, lokalen Gemeinden, wie Kinderkrippen, Kindergärten oder Kleinkinderclubs, reichen.

6. Einsatz für die Wiederherstellung und Stärkung der Position Polens in der Europäischen Union und die Stärkung der bilateralen polnisch-deutschen Beziehungen

Gemeinsame Werte, die Achtung des Friedens und des Rechts, die Wahrung der Freiheit des Menschen bei gleichzeitiger Schaffung von Gemeinschaft, wie auch der freie Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Ideen - das sind die Säulen eines gemeinsamen, geeinten Europas, für die wir seit Beginn unserer Strukturen eintreten. Zu der Zeit, als Polen den Beitritt zur Europäischen Union anstrebte, setzten sich Aktivisten und Institutionen der deutschen Minderheit für die Integration ein. Sie waren eine Art Brücke in den polnisch-deutschen Beziehungen und wegen der starken Stimme des deutschen Staates in der EU auch in den Beziehungen Polens zu allen EU-Ländern. Die Unterstützung für den Beitritt Polens zur EU war in der Woiwodschaft Oppeln am größten. Dies hat auch damit zu tun, dass für die

Bewohner dieser Region ein gemeinsames Europa und der Wegfall der Grenzen auch die Nähe zu Familie und Freunden in Deutschland bedeutet.

Nach 2004, als Polen Mitglied der europäischen Union wurde, konzentrierten sich unsere Aktivitäten auf den Aufbau und die Stärkung der Position des polnischen Staates in der EU. Unsere Aktivitäten waren sowohl auf zwischenstaatlicher Ebene, im Prozess des Aufbaus guter deutsch-polnischer Beziehungen, als auch auf der Ebene der Zusammenarbeit zwischen Regionen, lokalen Behörden oder Organisationen sichtbar. Von der deutschen Minderheit gegründete Einrichtungen wie die Stiftung für die Entwicklung Schlesiens haben in den vergangenen Jahren Hunderte von Initiativen und Projekten durchgeführt, um das Leben der Einwohner der Woiwodschaft Oppeln, der in der Region tätigen Unternehmen, der Landwirte, der Kirchen und Gemeinden, der Bildungseinrichtungen oder der Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie zahlreicher Organisationen in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu verbessern. Institutionen wie das Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, das in diesem Jahr sein 25-jähriges Bestehen feierte, haben sich ihrerseits mit einer Reihe von Initiativen für Dialog, Bildung, besseres Zusammenleben und gegenseitiges Verständnis eingesetzt. Auf lokaler Ebene hingegen sind die Aktivitäten der zahlreichen DFKs, die den Gedanken der gesellschaftlichen Solidarität im Kern umsetzen, unersetzlich. Sie führen eine Reihe von Aktivitäten durch, um das Leben und die Lebensbedingungen der Einwohner der Region Oppeln zu verbessern, mit besonderem Fokus auf Senioren, Familien und die jüngsten Einwohner der Region.

In den letzten Jahren haben extreme politische Gruppierungen das günstige politische Kräfteverhältnis ausgenutzt, um eine EU-feindliche Rhetorik in den politischen Diskurs Polens einzubringen. Dies ist besonders gefährlich, wenn sich die Stabilität des Amtsinhabers auf eine knappe Mehrheit stützt, bei der einzelne Stimmen entscheidend sein können. Es ist auch gefährlich, dass Werte wie die Achtung der Minderheitenrechte, die eines der Kriterien für den Beitritt Polens zur EU waren, heute in Frage gestellt und untergraben werden.

Das WWK DMi erklärt sein aktives Engagement und seine Zusammenarbeit mit allen politischen Kräften auf der polnischen politischen Bühne, deren Ziel es ist, EU-feindlichen Tendenzen entgegenzuwirken sowie Polens Präsenz in der Europäischen Union wiederaufzubauen, zu stärken und zu stabilisieren. Im Rahmen des bereits erfolgreich arbeitenden Hauses für deutsch-polnische Zusammenarbeit werden wir uns um die Einrichtung eines Instituts für den deutsch-polnischen Dialog bemühen, das als Plattform für die internationale Debatte über die Position Polens in der EU, die Stärkung der deutsch-polnischen Beziehungen und die Vertiefung und den Aufbau von kommunalen Partnerschaften dienen soll.

Wir sind der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft und ihre für alle sichtbaren Auswirkungen eine der größten Errungenschaften Polens nach 1989 sind. Deshalb setzen wir uns mit all unseren Aktivitäten für den Verbleib Polens in der EU ein und vertreten damit nicht nur die Interessen des Staates als Ganzes, sondern auch die der einzelnen Bürger, insbesondere der Einwohner der Woiwodschaft Oppeln, die tagtäglich davon profitieren, in einem gemeinsamen Europa zu leben. Dies wird auch durch ungünstige Migrationstendenzen nicht in Frage gestellt, zumal es unter den Bürgern Polens, einschließlich der Woiwodschaft Oppeln, die in den letzten Jahren ins Ausland ausgewandert sind, auch solche gibt, die in die Region zurückkehren und, gestützt auf ihre in anderen Ländern gesammelten Erfahrungen,

europäische Lösungen und Praktiken in ihrem Land und ihrer Region umsetzen. Gestärkt durch die britische Erfahrung sind wir der Meinung, dass ein Austritt aus dem gemeinsamen Europa für Polen und seine Bürger sehr ungünstig wäre, insbesondere für die jungen Menschen, die in einem supranationalen Umfeld aufgewachsen sind und gelernt haben, dort zu funktionieren, und so zu vielen guten Lösungen beigetragen haben. Der Platz Polens, einschließlich der Woiwodschaft Oppeln, ist in der Europäischen Union. Wenn wir das Europa, zu dem wir gehören, verändern wollen, sollten wir dies nur im Dialog mit unseren Verbündeten tun, die überzeugt werden müssen, um ihre Argumente vorzubringen.

Wir werden auch die Bestrebungen anderer Länder, die sich zu den europäischen Werten bekennen, unterstützen, insbesondere die Ukraine, die derzeit um ihre Staatlichkeit kämpft und enorme menschliche und materielle Verluste erlitten hat, in die Europäische Union zu integrieren.

Wir fühlen uns besonders veranlagt, die deutsch-polnischen Beziehungen zu stärken, sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene. Das haben wir in den vergangenen Jahrzehnten vielfach bewiesen. Wir haben auch immer wieder bewiesen, dass die Existenz und das effektive Funktionieren einer großen deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Oppeln ein starkes Argument in Gesprächen mit der deutschen Seite ist. Wir erklären, dass wir uns in den kommenden Jahren an allen Initiativen zur Aufrechterhaltung und Stärkung dieser Beziehungen beteiligen werden. Wir werden uns auch allen Maßnahmen widersetzen, die sich nachteilig auf sie auswirken könnten. Wir sind der festen Überzeugung, dass die gute Nachbarschaft mit Deutschland der Stärkung Polens auf der europäischen und internationalen Bühne dient und dass die Präsenz in der EU eine solide Brücke ist, die die gegenseitigen Beziehungen festigt.

WIR UNTERSTÜTZEN

Die deutsche Minderheit ist keine große politische Kraft im nationalen Maßstab. Aber sie ist ein Gremium, dessen Stimmen wichtig sind. Wir lassen uns von Vernunft, Wissen und dem Wohl des Volkes leiten, nicht von politischen Vorgaben. Wir erklären, dass wir im Parlament mit denjenigen zusammenarbeiten werden, die eine Politik des Dialogs verfolgen und deren Handeln dem Wohl der Bevölkerung dient. Wir betrachten die wichtigsten Richtungen, die wir zu unterstützen erklären, als solche:

7. Maßnahmen zur Verbesserung der Funktionsweise des Gesundheitswesens und der Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung für die Patienten, u.a. durch die Stärkung der Rolle von Prävention und Diagnostik, die Anpassung der bestehenden Infrastruktur an die sich ändernden Bedürfnisse der Bevölkerung, die Unterstützung der Ausbildung des medizinischen Personals und die Informatisierung der Verfahren bei gleichzeitiger Stärkung der digitalen Sicherheit

8. Unterstützung von Maßnahmen zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen, einschließlich der Senkung der Inflation und des Abbaus der Staatsverschuldung, sowie Begrenzung der negativen Auswirkungen der Wirtschaftslage auf die Bürger des polnischen Staates, die Unternehmer und die lokalen Behörden

9. Unterstützung von Initiativen zur Verbesserung der Sicherheit in Polen und Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens und Unterstützung der sich in Schwierigkeiten befindlichen Ukraine, sowie Unterstützung von Maßnahmen zum Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg

10. Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und des Klimas durch die Unterstützung umweltfreundlicher Initiativen und Investitionen von lokalen Regierungen, Unternehmen und Einzelpersonen

7. Maßnahmen zur Verbesserung der Funktionsweise des Gesundheitswesens und der Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung für die Patienten

Monatelange Wartezeit bei Ärzten, mangelnde Koordinierung im Behandlungssystem zwischen den Einrichtungen und ein ganzheitlicher Ansatz für die Gesundheit der Patienten sind trotz vieler positiver Veränderungen im Gesundheitssystem immer noch die täglichen Probleme Tausender von Patienten. Dies wird sowohl von Angehörigen der deutschen Minderheit als auch der polnischen Mehrheit signalisiert.

Wir sehen die Notwendigkeit, die Rolle der Prävention zu stärken, die bestehende Infrastruktur an die veränderten Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen, aber auch den Standard der medizinischen Einrichtungen zu verbessern. Die enormen wissenschaftlichen und technologischen Fortschritte machen auch eine ständige Weiterbildung des medizinischen Personals erforderlich. All dies sollte der Politik ein ständiges Anliegen sein, denn es entscheidet über unsere Gesundheitssicherheit und unseren Lebenskomfort.

Darüber hinaus bedarf es eines holistischen Ansatzes, der das Wohlbefinden des Patienten im Auge hat und sich auf entsprechend sichere Informationssysteme stützt. Sie sollen die Arbeit der Ärzte erleichtern, die in Echtzeit auf die Krankengeschichte des Patienten zugreifen können, und den Behandlungskomfort und die Patientensicherheit verbessern. Die Nutzung des Potenzials des medizinischen Personals, das dank seiner Kompetenzen in der Lage ist, einige der heute von Ärzten ausgeführten Aufgaben zu übernehmen, ist eine Chance, ein effektiveres und effizienteres Gesundheitssystem aufzubauen. Wir sind der Meinung, dass es notwendige rechtliche Instrumente gibt, um die Stabilität der Finanzierung von Gesundheitsdienstleistungen zu erhöhen, wofür wir uns im Sejm einsetzen werden. Außerdem sind umfassende Maßnahmen und die Schaffung eines Unterstützungssystems erforderlich, um dem beruflichen Burnout der Mitarbeiter des Gesundheitswesens entgegenzuwirken, die Kompetenzen zu verbessern und die bürokratische Belastung des Personals zu verringern, so dass sie mehr Zeit den Patienten widmen können. Darüber hinaus sehen wir die Notwendigkeit, ein Netz von Informationsangeboten für Patienten in medizinischen Einrichtungen aufzubauen, damit diese umfassend über die ihnen zustehenden Leistungen und die verschiedenen Möglichkeiten im Gesundheitswesen informiert werden. Die Frage des verbesserten Zugangs zu psychologischer und psychiatrischer Unterstützung, insbesondere zur Kinderpsychiatrie, die durch die SARS-COV-2 Pandemie verschärft wurde, erfordert ebenfalls intensive Umstrukturierungs- und Investitionsbemühungen.

Das derzeitige Gesundheitssystem ist de facto ein System zur Behandlung von Krankheiten, und es sollte uns lehren, wie wir auf unsere Gesundheit achten, sie kontrollieren und natürlich auch heilen können. Deshalb erklären wir auch Maßnahmen zur Prävention und zur

Gesundheitserziehung bzw. zur Erziehung zu einem gesunden Lebensstil, die bereits in Kindergärten und Schulen beginnen sollten.

8. Unterstützung von Maßnahmen zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen, einschließlich der Senkung der Inflation und des Abbaus der Staatsverschuldung

Die letzten Jahre waren eine Zeit vieler schwieriger Erfahrungen. Die SARS-COV-2-Pandemie und ihre Folgen haben deutlich gemacht, wie zerbrechlich unser Gefühl der gesundheitlichen Sicherheit sein kann und wie groß die Anstrengungen der gesamten internationalen Gemeinschaft trotz zahlreicher Fortschritte in Wissenschaft und Technik sein müssen, um das Unberechenbare einzudämmen. Die Erfahrung war für viele Menschen, ihre Familien, Freundeskreise, Gemeinden und Berufsgruppen schmerzhaft. Als die Pandemie nach zwei Jahren enormer Herausforderungen und Dramen unter Kontrolle gebracht wurde, sah sich die Welt mit einem Krieg in Europa konfrontiert, der für viele von uns eine schmerzhafte Erinnerung aus den Seiten der Geschichte zu sein schien, die sich nie wiederholen sollte. Diese beiden Ereignisse sowie viele ungünstige Entwicklungen auf den Weltmärkten und zahlreiche politische Fehlentscheidungen der polnischen Regierung (in anderen EU-Ländern gibt es keine so hohe Inflation) haben zusätzlich zur Destabilisierung der Märkte, zur Unterbrechung oder zum Abbruch von Versorgungsketten und zu einem enormen Anstieg der Preise für Energierohstoffe beigetragen. Das Ergebnis dieser Ereignisse ist u. a. ein starker Anstieg der Lebenshaltungskosten, der für alle spürbar ist.

Der Zustand der öffentlichen Finanzen ist eine ständige Sorge für alle rational denkenden Bürger. Das ständige Ansteigen des Haushaltsdefizits, das nicht nur durch die Pandemie, sondern auch durch die ständig steigenden Staatsausgaben verursacht wird, bringt uns die Gefahr eines Zusammenbruchs der öffentlichen Finanzen. Wir wollen uns durch eine sachkundige Diskussion und eine sachkundige Abstimmung durch unsere Vertreter um eine Stabilisierung der Staatsverschuldung und eine bessere Kontrolle der öffentlichen Finanzen bemühen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das polnische Steuersystem lesbarer wird und auf einer stabilen Gesetzgebung und einer stabilen Auslegung der Steuerverwaltungsorgane beruht. Die Bewältigung dieser Herausforderung wird enorme gemeinsame Anstrengungen und Klugheit erfordern, um die ungünstigen Phänomene zu verlangsamen und dann ihren Aufwärtstrend umzukehren. Dazu sind unter anderem intensive Maßnahmen in den Bereichen Gesundheitswesen, Wirtschaft und eine deutliche Verbesserung der staatlichen Sicherheit erforderlich.

9. Unterstützung von Initiativen zur Verbesserung der Sicherheit in Polen

Die Ereignisse im Vorfeld des Wahlkampfes zeigen, dass trotz der Stärkung der Position Polens in den Strukturen der NATO-Ostflanke noch viele Fragen - wie die Verteidigung des polnischen Luftraums - verbessert werden müssen.

Die internationale Lage lässt keinen Zweifel daran, dass unsere Sicherheit in einer Zeit globaler Herausforderungen und kriegerischer Realitäten nicht von eigenständigen Maßnahmen abhängt, sondern von solchen, die in internationalen Gemeinschaften getroffen werden. Wir sind stark durch die Stärke der - europäischen und globalen - Bündnisse, in denen wir agieren. In ihrem Rahmen sollten wir unser Potenzial stärken.

Deshalb erklärt das WWK DMi Zusammenarbeit und Unterstützung aller Initiativen, die auf die Realisierung von Maßnahmen zur Sicherheitsstärkung Polens abzielen. Um dies zu

ermöglichen, müssen wir unsere Position in der Europäischen Union wieder aufbauen und stärken und die Außenpolitik unseres Landes auf kluge und konsensorientierte Weise führen. Deutschland sollte Polens wichtigster Partner bei diesen Aktivitäten sein. Deshalb werden wir uns bemühen, gute Beziehungen - nicht nur wirtschaftliche - zwischen den beiden Ländern aufzubauen und, wie wir es seit Jahren tun, zahlreiche Partnerschaften und Austauschbeziehungen zu stärken und zu entwickeln.

10. Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und des Klimas

Das Ausmaß des Klimawandels, das wir erleben, ist unvorstellbar. Der Zeitraum von 2014 bis 2020 war der wärmste seit Beginn der Temperaturlaufzeichnungen. Der verzeichnete Anstieg der Durchschnittstemperaturen verstärkt die Häufigkeit und Intensität extremer Wetter- und Klimaphänomene, die zunehmend zu enormen wirtschaftlichen Verlusten beitragen, vor allem aber die Lebensgrundlage Tausender von Menschen weltweit bedrohen, auch in Polen.

Deshalb wird sich das WWK DMi an Initiativen und Aktionen zum Schutz des Klimas beteiligen und die Einwohner der Region bei der Nutzung sauberer Energie unterstützen. Das WWK DMi hält die Bemühungen der Europäischen Union zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und die Entwicklung dezentraler Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien - Photovoltaik, Biogasanlagen, Wärmepumpen - in Haushalten, kleinen und mittleren Unternehmen sowie in Gebäuden öffentlicher Einrichtungen, auch in der Region Oppeln, für äußerst notwendig. Das WWK DMi wird auch Aktivitäten unterstützen, die zur Entwicklung einer blau-grünen Infrastruktur in der Region Oppeln führen, vor allem in den größten Städten der Region, Oppeln und Kandrzin-Kosel, die am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Die Entwicklung der blau-grünen Infrastruktur umfasst die Revitalisierung von Grünflächen und die Schaffung neuer Grünflächen, den Bau von Lösungen, die auf der Natur basieren - Pocket Parks, Regengärten, die Einführung von Begleitgrün zur Infrastruktur - Straßenbegleitgrün, grüne Parkplätze, die Einführung von Lösungen zum Schutz des Grünen vor Verschmutzung im Zusammenhang mit dem Winterdienst.

Um der Wüstenbildung und der Begrenzung der Wasserressourcen entgegenzuwirken, ist eine rationelle Wasserbewirtschaftung erforderlich. Dies geschieht durch den Bau von Systemen zur Regenwasserbewirtschaftung und von Reservoirs, die das Auffangen von Regenwasser und dessen wirtschaftliche Nutzung ermöglichen. Der Schutz der Wasserressourcen sollte auch durch den Bau von Systemen zur Überwachung der Wasserversorgung der Bevölkerung, der Wasserqualität und der Menge des entnommenen Wassers erfolgen. Außerdem sind Maßnahmen erforderlich, um den Rückhalt im Flussbett zu erhöhen, neue wassersparende Technologien einzuführen und die Effizienz der Wassernutzung zu steigern, z. B. durch die Nutzung von Grauwasser und die Sammlung von Regenwasser. Das WWK DMi wird sich an Initiativen beteiligen und diese unterstützen, die auf eine Diversifizierung der Wasserversorgungsquellen abzielen, einschließlich des Verbunds der kommunalen Wasserversorgungssysteme, des Baus und der Modernisierung der für die Wasserentnahme und -verteilung erforderlichen Infrastruktur, des Hochwasserschutzes, des Krisenmanagements und des Schutzes der regionalen biologischen Vielfalt.

ANHANG Nr. 1

Tätigkeit des Abgeordneten der deutschen Minderheit in der laufenden 9. Legislaturperiode

Der Abgeordnete Ryszard Galla ist Mitglied in den folgenden parlamentarischen Ausschüssen und Unterausschüssen:

- Ausschuss für nationale und ethnische Minderheiten - stellvertretender Vorsitzender,
- Ausschuss für öffentliche Finanzen - Mitglied,
- Ausschuss für lokale Selbstverwaltung und Regionalpolitik - Mitglied,
- Ständiger Unterausschuss für das System der lokalen Selbstverwaltung - stellvertretender Vorsitzender.

Mitgliedschaft in ständigen parlamentarischen Delegationen und bilateralen Gruppen:

- Polnisch-Deutsche Parlamentariergruppe - stellvertretender Vorsitzender,
- Polnisch-tschechische Parlamentariergruppe - Mitglied,
- Mitglied der polnisch-ukrainischen Parlamentariergruppe.

Mitgliedschaft in parlamentarischen Gruppen:

- Parlamentarische Gruppe für Feuerwehrleute - stellvertretender Vorsitzender,
- Parlamentarische Gruppe Oppeln - stellvertretender Vorsitzender,
- Parlamentarische Gruppe für erneuerbare Energien,
- Parlamentarische Gruppe für die schlesische Sprache und Kultur,
- Parlamentarische Gruppe für Onkologie,
- Parlamentarische Gruppe für Menschen mit Behinderungen,
- Parlamentarische Gruppe für die Zusammenarbeit mit den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverwaltungen,
- Parlamentarische Gruppe für die Stärkung der Dörfer und Siedlungen.

Im Rahmen seiner parlamentarischen Tätigkeit reichte der Abgeordnete 53 Interpellationen, 10 Anfragen und 3 Erklärungen ein. Zu den durchgeführten Interventionen gehören:

- Aufstockung der Mittel für die Gesundheitsversorgung, Verbesserung des Zustands der polnischen Psychiatrie,
- Erhöhung der Zuschüsse für das Bildungswesen,
- die Verschuldung von Krankenhäusern und die Behandlung von Krebspatienten in der Pandemiezeit,
- Änderungen des Gesetzes über die Aufrechterhaltung von Sauberkeit und Ordnung in den Gemeinden,
- Aufstockung des Budgets der Woiwoden für den Denkmalschutz,
- eine Erhöhung der Zahl der Radio- und Fernsehprogramme über nationale und ethnische Minderheiten,
- Nationaler Wiederaufbauplan für nationale und ethnische Minderheiten,
- Verschärfung der Geldstrafen,
- Finanzierung der lokalen Selbstverwaltungen,
- der Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über lokale Steuern und Abgaben,
- der Bericht der Kommission über den Regierungsentwurf eines Gesetzes über die freiwilligen Feuerwehren,
- der Bau der Umgehungsstraßen in Groß Strehlitz und Dembiohammer,
- die Eröffnung von Wissenschafts- und Vergnügungsparks,
- die Unmöglichkeit der Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen im Bereich der Neurochirurgie im Woiwodschaftskrankenhaus der Hl. Hedwig in Oppeln,
- eine radikale Reduzierung der Abschaffungserleichterung,
- die Gebühren für kommunale Abfallbehälter für Nichtwohngebäude,
- die vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes über den so genannten "Vorrang für Fußgänger",
- der Bau des Trockenreservoirs Polder Winau,
- Nationaler Wiederaufbauplan für den Wiederaufbau der Oder,
- Hochwasserschutz- und Entwicklungspläne für die Woiwodschaft Oppeln,
- der Bau des Hafens in Kandrzin-Cosel,
- das Fehlen von Haltestellen der Züge IC "Malczewski", IC "Hetman" und IC "Wyspianski" am Bahnhof Brieg,
- die Möglichkeit für nicht-polnische Staatsangehörige, am Unterricht in der Minderheitensprache teilzunehmen
- Änderungen im System der Ausbildung von Triebfahrzeugführern und Triebfahrzeugführeranwärtern (Fahren mit einem gesetzlichen Vormund),
- Schreiben des Bürgermeisters der Gemeinde Groß Döbern und ein Schreiben des Vorsitzenden des Verbands der Landgemeinden der Republik Polen an die Gemeinsame Kommission der Regierung und der lokalen Selbstverwaltung über die schlechte Finanzlage der Gemeinde und die Änderung der Gemeindegrenzen,
- die Einleitung eines Verfahrens zur Erweiterung der Verwaltungsgrenzen der Stadt Chełm,
- das Programm "Laboratorien der Zukunft",
- Unterstützung der lokalen Selbstverwaltungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der ukrainischen Bürger,
- der Gesetzentwurf über die Kohlebeihilfe
- der Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Einkommen der lokalen Selbstverwaltungseinheiten und einiger anderer Gesetze,
- der Regierungsentwurf eines Gesetzes über die besondere Unterstützung von Einrichtungen, die von der ökologischen Situation an der Oder betroffen sind,
- Sicherstellung der Beteiligung von Vertretern nationaler und ethnischer Minderheiten in den Programmräten der öffentlichen Medien,

- eine Änderung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes für das Jahr 2022, mit der die Ausgaben im Bildungsteil des allgemeinen Zuschusses für lokale Selbstverwaltungseinheiten um 39 800 000 PLN gekürzt werden,
- Beschlüsse über die Höhe der Aufwandsentschädigungen für freiwillige Feuerwehrleute,
- Hilfen für die Metallindustrie,
- die Verknappung von Kohle auf dem polnischen Markt sowie die Verfügbarkeit und die Preise von Kohle für einzelne Kunden,
- die Beschaffung von Mitteln für Minderheitensendungen im Regionalfernsehen.

Kultur und Sprache:

- Dank der Unterstützung des Abgeordneten konnten Mittel für die Renovierung von Schulen bereitgestellt werden, die von der Verein Pro Liberis Silesiae betrieben werden,
- Maßnahmen zur Beibehaltung des derzeitigen Niveaus und zur Erhöhung der Mittel für nationale und ethnische Minderheiten,
- Engagement des Abgeordneten für den Denkmalschutz in der Region - Änderungsantrag zur Aufstockung der Mittel für den Denkmalpfleger in der Woiwodschaft Oppeln um 5 Mio. PLN und die Gewährung von jeweils 10 Mio. PLN an mehrere Woiwodschaften für den Denkmalschutz,
- Organisation des Sejm-Wissenswettbewerbs für Schüler des öffentlichen Lyzeums Nr. II in Oppeln,
- Treffen mit dem Präsidenten des Statistischen Hauptamtes zum Thema Volkszählung,
- Unterstützung für die Renovierung der Kathedrale von Oppeln im Rahmen des Ehrenausschusses für die Renovierung der Kathedrale von Oppeln.

Lokale Verwaltung:

- Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs im Jahr 2019, um eine zukünftige Situation, welche bei der Erweiterung der Stadt Oppeln eingetreten ist, zu verhindern; in der neuen Amtszeit zweimalige Interpellation an den Minister des Inneren und der Verwaltung zu diesem Thema,
- Einbindung in die Frage der finanziellen Probleme der Gemeinde Groß Döbern, nach der Änderung der Grenzen der Stadt Oppeln.

Infrastruktur:

- Asphaltierung der Woiwodschaftsstraße auf dem Abschnitt Comprachtschütz-Ochotz.
- Beschaffung von Mitteln des Verteidigungsministeriums der Republik Polen für die Modernisierung der Woiwodschaftsstraße Polnisch Neudorf - Bowallno,
- Beschaffung von Mitteln des Verteidigungsministeriums der Republik Polen für die Modernisierung der Kreisstraße Lotnisko – Polnisch Neudorf,
- Einführung einer beleuchteten Beschilderung von Bahnübergängen auf der Strecke Oppeln - Neisse unter besonderer Berücksichtigung der Gemeinde Comprachtschütz,
- Beschaffung von Mitteln des Finanzministeriums für den Bau eines Krisenmanagementzentrums in Comprachtschütz,
- Beschaffung von Mitteln des Finanzministeriums für den Bau einer Fotovoltaikanlage in Comprachtschütz,
- Interventionen für den Bau von Dämmen an der Oder in Kandrzin-Cosel und in den Gemeinden Birawa und Czissek,
- Interventionen bei der Verwirklichung des Polders Eisenau,

- Unterstützung der Gemeinde Murow bei der Beschaffung von Mitteln für den Bau eines Bürogebäudes.

Aktion zur Kürzung der Mittel für den Unterricht von Deutsch als Minderheitensprache:

- Interpellation zur Diskriminierung des Unterrichts von Deutsch als Minderheitensprache,
- Einreichung eines Änderungsantrags, der eine Erhöhung der Einnahmen im Teil 77 des Haushaltsplans (Steuern und andere Zahlungen an den Staatshaushalt) um 39 Mio. 800 Tausend PLN vorsah, mit deren Zuweisung zur Erhöhung des Bildungsanteils der allgemeinen Subvention für lokale Selbstverwaltungen - speziell für den Unterricht von Deutsch als Minderheitensprache,
- eine Prüfung im Ministerium für Bildung und Forschung durchzuführen, um den Prozess der Vorbereitung und des Erlasses von Verordnungen zur Einschränkung des Unterrichts von Deutsch als Minderheitensprache gründlich zu überprüfen,
- gemeinsam mit anderen Abgeordneten Anträge an den Ministerpräsidenten zur Aufhebung der oben genannten Verordnungen und einen Antrag an den Minister für Bildung und Forschung zur Aufhebung der Verordnung vom 4. Februar dieses Jahres, mit der die wöchentliche Unterrichtszeit für Deutsch als Minderheitensprache von drei auf eine Stunde reduziert wird, zu stellen,
- zwei Interpellationen und ein Schreiben an den Minister für Bildung und Forschung, ein Schreiben an den Premierminister, ein Schreiben an den Bürgerbeauftragten (auch unterzeichnet von Rafał Bartek und Bernard Gaida), Anträge Rechtsgutachten,
- zahlreiche Gespräche mit Vertretern des Ministeriums des Inneren und der Verwaltung, in denen Argumente für die Aufhebung der oben genannten Verordnungen und die Wiederherstellung des früheren Subventionsniveaus vorgebracht wurden,
- ein Treffen mit dem alten und neuen Bürgerbeauftragten, der daraufhin eine Reihe von Maßnahmen ergriff, um das Recht auf Vollzeitunterricht für Deutsch als Minderheitensprache zu verteidigen.

Breites Engagement und aktive Mitarbeit in Vereinen und Verbänden, die sich für die Verbesserung der Gesellschaft einsetzen:

- Vorsitzender des Hauses für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit,
- Vorsitzender des Vorstands der Stiftung für die Entwicklung Schlesiens,
- Mitglied des Vorstands der Stiftung „Sankt Annaberg Sanktuarium“,
- Vorsitzender des Sozialbeirats des Woiwodschaftskrankenhauses der Hl. Hedwig in Oppeln,
- Mitglied des Vereins der Freunde der Oppelner Kathedrale CRUX.

Aktivitäten des Abgeordneten der deutschen Minderheit in der vergangenen 8. Legislaturperiode

Nationale und ethnische Minderheiten:

- Aussetzung des Verfahrens zum Entwurf einer Änderung des Gesetzes über das Verbot der Propagierung des Kommunismus oder eines anderen totalitären Systems durch die Benennung von Gebäuden, Gegenständen und öffentlichen Einrichtungen, um die massenhafte Zerstörung von Denkmälern und Gedenktafeln zu verhindern, die insbesondere nationale und ethnische Minderheiten betreffen,

- Unterstützung des Projekts Minority SafePack der Europäischen Bürgerinitiative, das einen besseren Schutz der Rechte nationaler und ethnischer Minderheiten in Europa gewährleisten soll. In Polen wurden 26 884 Unterschriften für die Initiative gesammelt.

Selbstverwaltung:

- Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Selbstverwaltung, der die Wiederherstellung des Wahlrechts der lokalen Gemeinschaften im Falle einer Änderung der Grenzen einer Gemeinde auf Antrag des Gemeinderats und das Recht der Einwohner, ein Referendum zu initiieren, um die Stellungnahme des Gemeinderats zu ersetzen, betrifft.

Kultur und Sprache:

- Dank der Bemühungen der deutschen Minderheit war auch im Schuljahr 2018/2019 der gleichzeitige Unterricht von Deutsch als Fremdsprache und als Muttersprache in den 7. Klassen möglich,
- Sicherung der finanziellen Unterstützung für Schulen des Vereins Pro Liberis Silesiae: Raschau - 593.000 PLN, Goslawitz - 100.000 PLN und Malino - 177.000 PLN,
- Beibehaltung und sogar Erhöhung der finanziellen Unterstützung für kulturelle und soziale Initiativen der DMi-Organisationen,
- siebenfach höheres Budget für den Niederschlesischen Denkmalpfleger, wodurch die Restaurierung von 10 Denkmälern pro Jahr ermöglicht wird,
- Beschaffung von 57 000 PLN aus dem Kirchenfonds für den Anstrich der Kirche und die Fertigstellung des Fußbodens in der Kirche St. Johannes der Täufer in Przeźno,
- Erhalt von 300 000 PLN vom Ministerium für Kultur und Nationales Erbe für das Schaffgotsch-Mausoleum in Kopice.

Infrastruktur:

- Dank der Bemühungen des Abgeordneten gab der Ausschuss für öffentliche Finanzen eine positive Stellungnahme zur Bereitstellung von 85 Mio. PLN für die Realisierung eines Investitionsprojekts für eine Staustufe an der Oder in Maltsch ab,
- Unterstützung von Einrichtungen zur Instandhaltung und Verwaltung von Wasserstraßen und Wasseranlagen in der Woiwodschaft,
- der Bau der Umgehungsstraße von Mysina, der dank der Bemühungen des Abgeordneten Galla begonnen wurde,
- Aufstockung der Mittel für das nationale Feuerwehr- und Rettungswesen,
- Unterstützung der Straßeninfrastruktur in Opoln-Zirkowitz - wirksame Unterstützung der lokalen Behörden bei der Beantragung von Finanzmitteln für die Sanierung einer Provinzstraße mit einer Fahrbahndecke,
- wirksame Unterstützung der Gemeinde Comprachtschütz beim Bau eines Fußgänger- und Radwegs in Ochotz.

Ältere Menschen:

- Dank der Bemühungen von dem Abgeordneten wurde in der Woiwodschaft Oppeln ein vierjähriges Projekt "Oppelner Senior - Unterstützung für pflegebedürftige Personen und ihre Betreuer" mit einem Volumen von mehr als 7 000 000 PLN gestartet.

Im Rahmen von Interpellationen, Anfragen und parlamentarischen Reden äußerte sich der Abgeordnete Ryszard Galla u.a. zu folgenden Themen

- die Pläne zur Erweiterung der Stadt Oppeln und deren Umsetzung,
- die Erhebung eines Krankenversicherungsbeitrags für deutsche Rentner,
- die Abschaffung der Einkommensteuer auf Renten,
- den Bau einer großen Umgehungsstraße um Groß Strehlitz,
- das Erfordernis, dass Richter und Gerichtsassessoren ausschließlich die polnische Staatsangehörigkeit besitzen müssen,
- die Verbreiterung des Oppelner Abschnitts der Autobahn A4 und die Sanierung der südlichen Fahrbahn der Autobahn A18 zwischen Langenöls und Groß Gollnisch,
- Bau eines meteorologischen Radars auf dem Sankt Annaberg
- Bau des Stausees „Racibórz Dolny“,
- die Aufstockung der Mittel für das Nationale Gesundheitsfond in Oppeln,
- der Zustand der polnischen Bahn, die Einrichtung direkter Bahnverbindungen zwischen Berlin - Breslau - Oppeln - Kattowitz und die Modernisierung der internationalen Bahninfrastruktur,
- das landesweite Programm für die Entwicklung der Retention,
- Massenabholzung von Fichten auf der Bischoffskoppe,
- die Schwankungen der Kraftstoffpreise in den Woiwodschaften Schlesien und Oppeln,
- Reaktivierung des Hafens in Kandrzin-Kosel,
- der Zustand der Eisenbahngleise im Tätigkeitsbereich der ZLK Opole im Zusammenhang mit den Informationen über die Ergebnisse des von dem Obersten Rechnungshofes durchgeführten Audits "Sicherheit des Eisenbahnverkehrs",
- die Befreiung der Landwirte von der Verpflichtung zum Mitführen eines Führerscheins, eines Fahrzeugscheins und einer Haftpflichtversicherung für landwirtschaftliche Zugmaschinen bei der Durchführung von Feldarbeiten,
- Entwürfe für Haushaltsgesetze mit besonderem Augenmerk auf die Haushalte der Provinzkonservatoren,
- Änderung des Gesetzes über die kollektive Wasserversorgung und die kollektive Abwasserentsorgung,
- Situation der niedergelassenen Ärzte, Erhöhung der Gehälter,
- berufliche Bildung,
- EU-Mittel,
- Änderung des Gesetzes über die aus öffentlichen Mitteln finanzierten Gesundheitsdienste,
- das Gesetz über den Fond für Straßen der lokalen Selbstverwaltung,
- das Bürgergesetz "Steuerfreie Rente und Änderungen einiger anderer Gesetze".

In der letzten Legislaturperiode bot das Büro des Abgeordneten auch kostenlose Rechtsberatung an. Die durchgeführten Maßnahmen betrafen hauptsächlich die Unterstützung im Bereich des Zivilrechts, des Erbrechts, des Familienrechts und des Unterhaltsrechts.